Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 354. **Mittwoch** den 13. Juli 1892. 86. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Stücke 34 und 35 des diesjährigen **Reichsgesetzblattes** sind bei uns eingegangen und werden bis zum **2. August d. Jahres** auf dem **Rathhausflure** zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dieselben enthalten:

Nr. 2041 Bekanntmachung, betreffend die Anwendung der vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen auf die spanischen Boden- und Industrie-Erzeugnisse. Vom 30. Juni 1892.

Nr. 2042 Bekanntmachung, betreffend die Anwendung der vertragsmäßig bestehenden Zollsätze auf rumänische Erzeugnisse. Vom 2. Juli 1892.

Leipzig, am 8. Juli 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krambiegel.

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten **haben wir beschlossen, in diesem Jahre**

die Bayerische Straße zwischen der Arndt- und Moltke-Straße und

die Koch-Straße vom bisherigen Ende der Pflasterung zwischen Arndt- und Moltke-Straße bis zur Scharnhorst-Straße neu zu pflastern.

In Folge dessen sind die Besitzer der an genannten Straßen liegenden Grundstücke nach unserer Bekanntmachung vom 10. März 1881 verpflichtet, die Trink-, Fallrohr- und Wirthschaftswässer durch unterirdische Beschleußen für ihre Rechnung direkt in die Hauptschleuße abzuleiten, und zwar sind diese Anlagen innerhalb des Straßenkörpers auf Kosten der Betheiligten durch uns nach Einzahlung der hierfür zu berechnenden Bauschkostensumme ausführen.

Wir fordern daher die Besitzer, bez. Verwalter der an den oben bezeichneten Straßen und Straßenstrecken liegenden Grundstücke auf, die zu unterführenden Fallrohre und ein- oder umzulegenden Beschleußen bei uns anzumelden, damit die Ausführung der Arbeiten von uns rechtzeitig vor der Straßenherstellung erfolgen kann.

Im Falle unterlassener Anzeige haben die Säumigen außer Verwirkung einer Geldstrafe bis zu 60 ℳ zu gewärtigen, daß die vorstehend gedachten Arbeiten von Raths wegen auf ihre Kosten ausgeführt werden.

Etwa beabsichtigte, die bezeichneten Straßen berührende Arbeiten an den **Privat-Gas- und Wasserleitungen** sind vor Inangriffnahme der oben aufgeführten Straßenherstellung auszuführen, da Arbeiten der vorgedachten Art im Straßenkörper mit Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßenpflasters während eines Zeitraumes von 5 Jahren nach beendeter Straßenherstellung in der Regel nicht zugelassen werden können.

Leipzig, am 7. Juli 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rülling.

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten **haben wir beschlossen, nach Maßgabe des Planes** T. V. Nr. 5516 / R. A. 5896 **die Fluchtlinie der Kirchstraße in Leipzig-Volkmarsdorf auf deren Strecke von der Conradstraße bis zur Bogislaw- und Berg-Straße festzustellen.**

Dieser Plan liegt in unserer Tiefbau-Verwaltung (Rathhaus, Zimmer Nr. 23, II. Stock) vier Wochen vom Ablauf des Tages nach der Ausgabe der die Einrückung dieser Bekanntmachung enthaltenden Amtsblätter an gerechnet, zu Jedermanns Einsicht aus.

Widersprüche gegen den Plan sind innerhalb dieser Frist bei deren Verlauf schriftlich bei uns anzubringen.

Leipzig, den 8. Juli 1892.

Ia. 3555. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
1025. Dr. Georgi. Dr. G. v. Fewson, Ass.

Verpachtung.

Die der Stadtgemeinde Leipzig gehörige, zeither an Herrn Zimmermeister **Hendreich** verpachtet gewesene und an der Windmühlenstraße in **Möckern** gelegene **Parcelle Nr. 193** des Flurbuchs für Möckern von 4865 qm Flächengehalt ist zur Benutzung als Werk-, Lager- oder Trockenplatz **sofort** anderweit gegen vierteljährige Kündigung zu verpachten.

Pachtgesuche werden auf dem Rathhause, I. Obergeschoß, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen, ebendaselbst können auch die Verpachtungsbedingungen eingesehen werden.

Leipzig, den 11. Juli 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 2701. Dr. Georgi. Krambiegel.

Bekanntmachung.

Verloren gegangen sind die Arbeitsbücher:

des Arbeiters **Ernst Balduin Jähnig,** geb. 18./7. 1873 in Connewitz (Grenzschecher 8/1889);
der Arbeiterin **Anna Louise Eugenie Lehmann,** geb. 8./4. 1872 in Leipzig (Leipzig 858/1886);
des Arbeiters **Theodor Gustav May,** geb. 31./1. 1873 zu Thonberg (Thonberg 1887);
des Gürtlergehilfen **Carl Albin Hanschild,** geb. 11./9. 1873 in Altenburg (Altenburg 1888);
des Arbeiters **Hermann Wilhelm Moritz,** geb. 24./4. 1874 in Lößnig (Lößnig 16/1888);
des Werkthelfers **Richard Oscar Wollesky,** geb. 5./10. 1871 in Schkeuditz (Schkeuditz 1886) und
der Blumenarbeiterin **Anna Bertha Müller,** geb. 19./1. 1874 in Neustadt (Leipzig 1047/1892).

Wir bitten, diese Arbeitsbücher im Auffindungsfalle Rathsamt 2, Erdgeschoß, abzuliefern.

Leipzig, den 9. Juli 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Leopold.

Submission.

Die **Steinmetzarbeiten** für die **Neubauten der II. katholischen Kirche** und des **Vincentiusstiftes** in **Leipzig-Reudnitz** sollen im Wege der Submission vergeben werden.

Die Kostenanschlagsformulare sind im Baubureau der Architekten **Kreuz & Weurer,** Bayerische Straße 42b, I., gegen Bezahlung von 50 ₰ zu erheben.

Die Offerten sind mit diesbezüglicher Aufschrift an das **katholische Pfarramt** bis zum 20. Juli abzugeben.

Leipzig, den 12. Juli 1892.

Das katholische Pfarramt.
Hubert Schmittmann, Superior und Pfarrer.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 4. Juli bis 10. Juli 1892 im Argandbrenner bei 150 Litern stündlichem Consum das 18,9fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,445.

Leipzig, am 11. Juli 1892.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Auctions-Bekanntmachung.

Sonnabend, den 16. d. M., Vormittags von 9 Uhr an, sollen im Stadthause, Eingang Mühlgasse Nr. 1,

verschiedene Wirthschaftsgegenstände, Kleidungsstücke, Taschenuhren, eine Nähmaschine, eine Werkbank, eine Copirpresse und verschiedene andere Gegenstände

an den Meistbietenden **gegen sofortige baare Bezahlung** öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 7. Juli 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Id. 13577/91 u. j. m. Dr. Georgi. Hübschmann.

Frankreich und Rußland.

Es waltet ein eigenthümliches Verhängniß über dem Zweibund Frankreich-Rußland, seit den Kronstädter Festen und dem Empfang des Großfürsten Alexis in Frankreich ist die Stimmung nicht wieder zu der gleichen Höhe der Begeisterung gelangt, denn die kurze Anwesenheit des Großfürsten Constantin bei den Festlichkeiten in Nancy war durch die Tactlosigkeiten der französischen und czechischen Turner und Studenten sowie durch die Kieler Zusammenkunft Kaiser Wilhelm's mit dem Zaren getrübt. Inzwischen hatte der Nothstand in Rußland einen Strich durch die Hoffnungen der Verbündeten gemacht, und in neuester Zeit sind als weitere Hindernisse einer gemeinsamen Action die Cholera in Rußland und die anarchistischen Anschläge in Paris sowie die Ereignisse in Dahomey und Tonkin mit ihren Folgen hinzugetreten. Die Erstürmung von Badagny hätte fast den Sturz des Ministeriums herbeigeführt, denn nach der Abstimmung über die von Pourquery beantragte Tagesordnung, welche ein einheitliches Commando der französischen Streitkräfte in Dahomey verlangt, **reichte das gesammte Ministerium** sein Entlassungsgesuch ein und nur durch die Festigkeit Carnot's ist diese Wendung vermieden worden. Das Ministerium hat sich entschlossen, zu bleiben, nur in der Leitung des Marine-Ministeriums wird ein Wechsel eintreten, da Cavaignac auf seinen Rücktritt beharrt.

Vielleicht wäre es dem Marineminister trotz der ihm auferlegten Beschränkungen durch geschickte Benutzung der ihm zu Gebote stehenden Streitkräfte dennoch gelungen, die seit längerer Zeit in Dahomey bestehende Gefahr zu überwinden, aber man muß zu seiner Entschuldigung anführen, daß er noch zu kurze Zeit im Amte war, um der ihm gestellten schwierigen Aufgabe vollständig genügen zu können. Er sollte die Flotte, bei der Vieles im Argen lag, zeitgemäß reorganisiren, die von seinem Vorgänger begangenen Fehler wieder gut machen, die Torpedoflotte activitätsfähig gestalten, das Verhältniß zwischen Marinetruppen und Colonialarmee zweckentsprechend regeln, kurz eine Thätigkeit entfalten, die ebenso viele Jahre erforderte, als ihm Monate zugemessen waren. Die Kritik der Kammer über die Leistungen der Minister ist stets streng und häufig sehr ungerecht, darauf müssen französische Minister stets gefaßt sein; an dem Tage ihres Amtsantritts soll Alles in Ordnung sein und die einzelnen Theile sollen sicher ineinander greifen; Zeit wird einem neuen Minister nicht gelassen, einen Ueberblick zu gewinnen über Das, was ihm zu thun obliegt, darüber soll er vorher volle Klarheit besitzen. An dieser abgeschmackten Anforderung scheitern in Frankreich alle Anstrengungen, dauernde Zustände aufzurichten, dort werden stets Personen für Verhältnisse verantwortlich gemacht, an denen sie mit seltenen Ausnahmen schuldlos sind.

Was sich neulich auf dem Wege nach Langson zugetragen hat, ist die Folge von kopflosen Unternehmungen, die im Jahre 1883 nach dem Ueberfall vom 20. Mai beschlossen worden sind. Damals gab man sich in Paris der Hoffnung hin, daß es nur der energischen Anstrengung einiger Wochen, höchstens einiger Monate bedürfen werde, um Anam und Tonkin dauernd der französischen Herrschaft zu unterwerfen. Die Thatsachen haben sich anders entwickelt, Tonkin widerstreckt noch heute der französischen Herrschaft und würde nur durch Aufwendung von Mitteln zu bezwingen sein, die weit über den erreichbaren Zweck hinausgehen. Statt über diesen Sachverhalt Klarheit zu schaffen und demgemäß zu handeln, wird das Ministerium für Dinge verantwortlich gemacht, die ganz außerhalb seines Machtbereiches liegen, die Sache selbst aber bleibt beim Alten.

In Rußland liegen die Verhältnisse noch bei Weitem ungünstiger, denn dort geht die Entwickelung trotz scheinbarer äußerer Erfolge von Jahr zu Jahr mehr zurück. Nirgends besteht in diesem weiten Reiche ein wirklicher Zusammenhang mit der Centralstelle, Jeder thut unter der Maske tiefster Unterwürfigkeit unter die Regierung, was ihm beliebt, und ist auf seinen Vortheil bedacht, statt das Gemeinwohl zu berücksichtigen. Ein charakteristischer Vorgang hat sich beim Ausbruch der Cholera in Saratow gezeigt, wo die Apotheker den Preis der Desinfectionsmittel erhöhten, als der Bedarf danach stärker wurde. Das ist der Standpunct Dessen, der sagt: Mag die Cholera dahin raffen, wen sie wolle, wenn ich nur dabei mein Geschäft mache. Wie es mit dem Bildungsgrad der Bevölkerung beschaffen ist, lehrt der Aufstand in Atrachan, der daraus entstand, daß die Fabel verbreitet wurde, die Cholera sei eine Erfindung, die Leute würden in die Spitäler geschafft und lebendig begraben, nachdem man sie mit Kalk übergossen. Die gleiche Erscheinung wurde vor zwei Jahren in Neapel beobachtet, auch dort wurden die Aerzte mißhandelt, weil man sie beschuldigte, die Seuche in eigennütziger Absicht erfunden zu haben, um diese Erfindung für ihre Zwecke auszunutzen.

Die Ursachen solcher Abnormitäten in Italien sind bekannt, sie haben aber dort lange nicht die Bedeutung wie in Rußland, weil Italien ein Verfassungsstaat ist, dessen einheitliche Organisation noch verhältnißmäßig neu ist. Die Fehler, welche Italien noch aus seiner trüben Vergangenheit anhaften, werden und müssen sich allmälig verlieren, während es in Rußland an allen den Mitteln gebricht, welche die Aussicht auf eine Besserung der bestehenden Zustände eröffnen; im Gegentheil ist man bemüht, das Volk auf der Culturstufe zu erhalten, auf welcher es steht.

Es ist schon oft auf die Unmöglichkeit einer wirklichen Uebereinstimmung zwischen Frankreich und Rußland hingewiesen worden, und in den maßgebenden Kreisen beider Länder ist man sich dieser Unmöglichkeit auch vollkommen bewußt, aber die Herrschsucht hat den Grundsatz aufgestellt, daß im Kriege der Zukunft nur Der den Sieg erringen kann, welcher über die größere Zahl von Soldaten verfügt, vorausgesetzt, daß sich die Bewaffnung vollständig auf der Höhe der Zeit befindet. Nach diesem Grundsatz ist das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland zu Stande gekommen, und daran hält man auf beiden Seiten fest, mag auch die Unvereinbarkeit der beiderseitigen Interessen ein noch so lautes Wort sprechen.

Es wird immer klarer, daß die Entfesselung des Krieges nicht vom Willen der dazu bereiten Mächte allein abhängt, sondern daß es der Erfüllung von Voraussetzungen bedarf, welche außerhalb der Machtvollkommenheit der Wollenden liegen. Die Friedensfreunde haben alle Ursache, sich dessen zu freuen, wenn sie auch nicht so weit gehen, Unglücksfälle, wie Mißernten und Seuchen, als Bundesgenossen willkommen zu heißen. Die Sache liegt auch gar nicht so, daß die Gestaltung der nächsten Zukunft von diesen Plagen abhängt, sondern es hat sich dabei nur herausgestellt, daß Rußland nicht den Grad von Thatkraft und Klugheit besitzt, um solchen Feinden mit Erfolg widerstehen zu können. Der Nothstand des vorigen Jahres hat tiefe Spuren hinterlassen, die sich bereits in der Form eines neuen Nothstandes geltend machen, und die Cholera findet nicht den Widerstand und begegnet nicht den Maßregeln, welche sie auf die unvermeidliche Wirkung einschränkt.

In Frankreich ist die Bildungsstufe der Rußlands weit überlegen, aber dort sorgen wieder Leidenschaft und Herrschsucht dafür, daß die Entwickelung nicht in ein ruhiges Fahrwasser einlenken kann. Solche Zustände, wie sie in Frankreich bestehen, sind der Erhaltung des Friedens nicht günstig, aber die schädlichen Triebe finden in den Thatsachen ihre Grenze. Die Erfahrungen auf anarchistischem Gebiete sind nicht gering zu schätzen, sie erfordern große Kraftanstrengung, um den Kreisen der Arbeiter und der Armee fern gehalten zu werden. Frankreich gebietet über ein zahlreiches und gut geschultes Heer, es hat reiche Hilfskräfte, um die Opfer, welche ein großer Krieg erfordert, längere Zeit tragen zu können, aber es entbehrt der inneren Festigkeit der Zustände, welche zu einem Friedensbruch ermuthigen könnten. Rußland ist ein mächtiger Bundesgenosse, aber seine Macht scheint größer, als sie ist. Im Ganzen und Großen können die Friedensfreunde mit der heutigen Lage zufrieden sein. *

Deutsches Reich.

ss. **Berlin,** 12. Juli. Die „Kreuzzeitung" wundert sich, daß das in einem freiconservativen Blatte angeregte Zusammengehen der früheren Cartelparteien bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause im nationalliberalen Blättern von der Bedingung abhängig gemacht worden ist, daß die conservative Partei sich dem bestimmenden Einflusse der Extremen entziehe. Diese Verwunderung ist ihrerseits höchst erstaunlich. So lange das Cartel bestand, hatte es keinen heftigeren Gegner als eben die „Kreuzzeitung" und ihre Freunde, darunter allen voran Herrn Stöcker. Die Intriguen des Herrn von Hammerstein gegen den Fortbestand des Uebereinkommens von 1887 sind noch in frischer Erinnerung, desgleichen die schlechtverhehlte Freude der „Kreuzzeitung" über das Ergebniß der letzten Reichstagswahlen. Seitdem aber haben die Extremen ihre dem Cartelgedanken widerstreitende Politik mit vermehrter Schärfe verfolgt. Es grenzt an das Komische, wenn die „Kreuzzeitung" sich beschwert, daß die Nationalliberalen Nichts von dem Zusammengehen mit einer von ihren Leuten dirigirten Partei wissen wollen; findet doch dieses Blatt seine vornehmste Aufgabe in der Bekämpfung eben dieser Nationalliberalen. Jedoch um die äußerlichen Beziehungen der Parteien kann es sich hier nicht handeln, sondern nur um die Frage, ob noch, wie 1887 und in beschränkterem Maße 1890, das den Nationalliberalen und Extremconservativen Gemeinsame das sie Trennende überwiegt, oder ob das Umgekehrte der Fall ist. Die Ereignisse des letzten Jahres geben darauf eine unzweideutige Antwort. Die Reactionairen haben die conservative Partei dahin gebracht, sich in der Angelegenheit der Landgemeinde-Ordnung einer positiven Mitarbeiterschaft mit Nationalliberalen und Freiconservativen zu entziehen und damit das Abkommen zwar nicht seinem Wortlaute, wohl aber seinem politischen Gehalte nach zu verletzen. Noch viel stärker ins Gewicht fällt aber die veränderte Stellung zum Centrum und dem Ultramontanismus. Die „Kreuzzeitung" wird nicht leugnen wollen, daß sie im Parlament ein engeres Zusammengehen mit dem Centrum anstrebt und in der Schulgesetzangelegenheit schon herbeigeführt hat. Opfer des Staates auf dem Altar des Ultramontanismus wurden und werden dabei von dem Blatt und seinen Freunden nicht gescheut. Die Annahme, daß diese Politik von den Nationalliberalen irgendwie unterstützt werden könnte, ist absurd, so absurd wie der Gedanke eines ultramontan-nationalliberalen Cartels. Durch das von den Extremen verschuldete Verhalten der conservativen Partei in der Volksschulfrage hat sich eine weite Kluft zwischen dieser und den Nationalliberalen aufgethan, die so lange unüberbrückbar bleibt, als die Conservativen sich von den Extremen für klerikale Zwecke mißbrauchen lassen. Bei dieser Sachlage, die die „Kreuzzeitung" sehr genau kennt, ist es mehr als sonderbar, wenn sie zu glauben sich den Anschein giebt, als ob die Nationalliberalen es mit Bedauern sähen, daß Herr v. Helldorf das Zustandekommen des — neuen conservativen Parteiprogramms — nach der Versicherung der „Kreuzzeitung" wenigstens, hintertreibt. So gemüthlich sind die Nationalliberalen denn doch nicht, um die programmatische Festlegung der neuerdings betriebenen verhängnißvollen conservativen Politik beschleunigt sehen zu wollen.

C.H. **Berlin,** 12. Juli. In den Einzellandtagen hat die Socialdemokratie immer festeren Fuß gefaßt; die Agitation für dieselbe vollzieht sich selbstverständlich nicht mit demselben Geräusch wie für die Reichstagswahlen; und das ist eben das Gefährliche. Der ganze Aufmarsch des Feindes geschieht mehr hinter den Coulissen. Die Aufforderungen der Wahlcomités, das Landtagswahlrecht zu erwerben, werden, obgleich sie fast jeden Tag erfolgen, von der antisocialdemokratischen Presse wenig beachtet; die Socialdemokraten aber folgen in Massen diesem Weckrufe, und so ist es daher gar kein Wunder, daß in der zweiten sächsischen Kammer die Socialdemokratie über zehn Sitze (den Liebknecht'schen mitgerechnet) verfügt; es ist noch nicht lange her, daß die Socialdemokratie in die zweite hessische Kammer (Mainz) einzog, sie hat diesen Besitzstand dann noch vermehrt; seit den letzten Wahlen hat die zweite badische Kammer auch das zweifelhafte Vergnügen, Socialdemokraten in ihren Reihen zu zählen (Mannheim), und daß die Socialdemokratie Fortschritte hinsichtlich des Besitzstandes in den Einzellandtagen der kleinen thüringischen Staaten gemacht hat, dürfte genügend bekannt sein. Jetzt schickt die Socialdemokratie sich an, einen Ansturm auf die Mandate der zweiten bayerischen Kammer zu machen; ein früherer Ansturm wurde bekanntlich abgeschlagen; aber in den diesmaligen Wahlkampf geht die Socialdemokratie mit größeren Chancen, und München-Land und Nürnberg dürften vielleicht socialdemokratisch wählen. Die socialdemokratische Centralleitung in Bayern soll mit dem Erfolg ihrer Aufforderung an die Genossen, das Landtagswahlrecht zu erwerben, sehr zufrieden sein, und sicherlich werden die socialdemokratischen Wählerschaaren diesmal bedeutend stärker sein als das letzte Mal; und was von Bayern gilt, trifft auch für die meisten der anderen Staaten zu. Es ist aber ein Fehler, daß man im Allgemeinen auf antisocialdemokratischer Seite den Wahlvorbereitungen der Socialdemokraten für die Landtage nicht genügende Aufmerksamkeit schenkt.

— Die Commissionen für die zweite Lesung des Entwurfs eines **deutschen bürgerlichen Gesetzbuches** hat, wie die „N. Preuß. Ztg." berichtet, in der vergangenen Woche ihre Berathungen bis zum Herbst dieses Jahres vertagt und ist in die Ferien gegangen. Die Commission, die jetzt den größten Theil des Entwurfs berathen, wird in ihrer Gesammtheit am 10. October d. J. zusammentreten, während die sogenannte Vorcommission bereits am 5. September im Reichs-Justizamt sich zu Berathungen versammelt.

— Es gilt als ziemlich sicher, daß nach Abschluß der Reform des höheren Schulwesens eine weitere Umgestaltung auch der **Mittelschulen** und der **höheren Töchterschulen** nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Vorarbeiten sind nach verschiedenen Richtungen hin in die Hand genommen, und schon während der nächsten Landtagstagung dürfte Näheres über die Zwecke und Ziele der Reformbewegung bekannt werden.

— An den päpstlichen Nuntius in München, Msgr. **Agliardi,** sollen, wie man der „Magdeb. Ztg." schreibt, aus **Rom** Weisungen ergangen sein, durch Vorstellungen am hiesigen Hofe die Abberufung des diesseitigen Gesandten bei dem Vatican Dr. Kurt v. **Schlözer** womöglich noch zu verzögern. Die Nachricht klingt um so überraschender, als zwischen Herrn v. Schlözer und dem Cardinal-Staatssecretair Rampolla bei dem völligen Hinüberneigen des letzteren zu Frankreich das Verhältniß natürlich neuerdings etwas gelitten hatte. Die allgemeine Sprunghaftigkeit der vaticanischen Verhältnisse und ihres entscheidenden individuellen Factors macht trotzdem die Nachricht keineswegs völlig unmöglich, zumal bei den allgemein anerkannten persönlichen Eigenschaften des bisherigen preußischen Diplomaten; auch ist bekanntlich Leo XIII. jede Unterbrechung eines diplomatischen Verkehrs äußerst unangenehm, weil er in der Wiederherstellung und Vermehrung solcher Beziehungen die Erfolge seiner persönlichen Politik im Gegensatze zu der seines Vorgängers erblickt. Es heißt übrigens, daß der **Vatican** gleichzeitig in Berlin die Erhebung der diesseitigen Gesandtschaft zum Range einer **Botschaft** betreibe. Das würde doch wohl eine solche des **deutschen Reiches** sein müssen, da es zwar in den Zeiten des nordeutschen Bundes 1867—71 „nordeutsche und preußische", seitdem aber nur kaiserlich deutsche Botschaften gegeben hat; auch wäre die betreffende Bewilligung wenigstens von dem jetzigen Reichstage wohl leichter zu erhalten als von der preußischen Landesvertretung. Der Bestand einer besonderen bayerischen Gesandtschaft bei dem Vatican wäre für diese Veränderung gleichfalls kein Hinderniß; auch bei dem Königreich Italien in Rom besteht neben der Botschaft des deutschen Reiches noch eine besondere bayerische Gesandtschaft. Aber aus einer ganzen Reihe anderer Gründe wird hoffentlich dieses päpstliche Bestreben stets den Charakter eines „frommen" Wunsches in des Wortes zwiefacher Bedeutung behalten.

* **Hamburg,** 12. Juli. Die „Hamb. Nachr." machen heute folgende Mittheilung:

„Bezüglich des Zusammentreffens des **Fürsten Bismarck** mit dem **Prinzen Ferdinand von Coburg** in München theilen wir mit, daß der **Prinz** den Wunsch äußern ließ, den früheren Kanzler zu besuchen. Fürst Bismarck, der im Begriff stand, auszufahren, ließ ihn sagen, daß er in der Ungewißheit über seine Tagesordnung keine Stunde für den Besuch bestimmen könne, und daß er deshalb auf seiner Ausfahrt beim Prinzen vorfahren werde. Dies geschah und darauf machte der Prinz seinen Gegenbesuch. Irgend eine **politische** Bedeutung oder Consequenz hat dieser Besuch natürlich nicht."

Weiter wiederholt das Blatt, daß dem Fürsten Bismarck für die Artikel der „Westd. Allgem. Ztg." irgend eine Verantwortlichkeit nicht auferlegt werden kann, „da sie nicht mit seiner Genehmigung publicirt worden sind". Auf die Ermahnungen an den Fürsten, in den **Reichstag** zu gehen, antworten die „Hamb. Nachr.":

„Wir sind der Ansicht, daß die Entschließung darüber, ob der Fürst in den Reichstag gehen will oder nicht, ihm allein zusteht und daß er sich darüber höchstens seinen Wählern gegenüber zu verantworten hat. Wir richten das freundliche Ersuchen an die Blätter, sich in dieser Beziehung nicht den Kopf des Fürsten Bismarck zu zerbrechen. Der Fürst ist zum Erscheinen im Reichstage ebenso berechtigt, wie zum Wegbleiben, zum Reden im Parlament ebensowohl wie zur Aeußerung seiner Ansichten in der **Presse.** Einstweilen scheint Letzteres aber **wirksamer** zu sein als das Reden im Reichstage, da sämmtliche Fractionen durch ihre Interessen an feste Bahnen gebunden sind und theils von jeher Gegner der Politik des alten Kurses gewesen